Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 47 (1967-1968)

Heft: 1

Artikel: Nationalstaat und Demokratie : zur Geschichte und Gegenwart eines deutschen Strukturproblems

Autor: Krockow, Christian von

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-161975

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nationalstaat und Demokratie

Zur Geschichte und Gegenwart eines deutschen Strukturproblems

CHRISTIAN GRAF VON KROCKOW

Verdrängung und Rückkehr des Nationalismus

An den Führer der deutschen Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg, Kurt Schumacher, erinnert man sich als an einen entschiedenen Demokraten. Aber zugleich gilt er in der Erinnerung als «Nationalist». Demokratische wie nationale Motive führten ihn in den Kampf gegen die Kommunisten, zu einer Zeit, als diese von den Westmächten noch als mögliche Partner akzeptiert wurden. In dramatischem Zusammenstoß mit den Alliierten, bis hin zur Drohung, das fast vollendete Verfassungswerk scheitern zu lassen, setzte er die Stärkung der Zentralgewalten im Bonner Grundgesetz durch. Und er kämpfte gegen die beginnende Westintegration der Bundesrepublik, weil er mit ihr alle Chancen, zur deutschen Einheit zu gelangen, schwinden sah. Sein böser Zuruf an Adenauer: «Kanzler der Alliierten!» ist unvergessen.

Schumacher litt, wie man sagt — und verständlich genug —, unter dem Alptraum von Weimar. Die Weimarer Republik war ja dadurch vergiftet und am Ende zerstört worden, daß nationale und demokratische Elemente so vielen Deutschen als unvereinbar erschienen. Die Demokratie wurde als Resultat des «Dolchstoßes», als Werk der «Novemberverbrecher» hingestellt; Patrioten wie Friedrich Ebert, Rathenau, Stresemann wurden als «Verräter» diffamiert. Schließlich vollzog sich, folgerichtig, die «nationale Erhebung» als Vernichtung der Demokratie — unter dem Beifall auch von Kreisen, die keineswegs auf die plumpe Demagogie, auf die Brutalität und den Rassenwahn der Nationalsozialisten eingeschworen waren.

Kurt Schumacher wollte nationalstaatliches und demokratisches Denken versöhnen, vereinen, den Fluch lösen, der über der ersten deutschen Republik lastete. Aber spöttisch hat man gesagt, daß die deutsche Sozialdemokratie, die sich als Partei des Fortschritts versteht, allzu oft damit beschäftigt ist, die Fehler von gestern zu vermeiden und an gestrigen Fronten gestrige Gegner zu bekämpfen. Konrad Adenauer jedenfalls überspielte Schumacher — und die CDU die SPD —, indem er die neue Demokratie auf den Westen, auf Frankreich, Europa, auf die übernationale Einigung und Integration verwies, unter Berufung auf ältere als nationalstaatliche Traditionen — und unter Akklamation gerade jener Schichten und Gruppen, die ehemals so verbissen die nationalen Fahnen geschwungen hatten. Vielleicht kennzeichnete nichts so sehr den Wandel der Verhältnisse wie

die Tatsache, daß ganz besonders jene Jugend, die nach dem Ersten Weltkrieg in betont nationalistischen Bünden sich sammelte, nun ihre stärkste politische Emotion vom Europagedanken empfing. (Wer in den Nachkriegsjahren studierte, wird sich noch an die Begeisterung über die erste studentische Sternfahrt nach Straßburg erinnern.) Schumachers Haltung, so möchte es im Rückblick erscheinen, war deshalb anachronistisch, sein Kampf eine Don-Quichotterie, das Problem entschwunden.

Indessen: Bei historischen Urteilen und Wertungen ist Vorsicht geboten, weil der Fortgang der Geschichte sie oft unvermuteten Änderungen unterwirft. Vielleicht ist es heute möglich, vielleicht sogar dringend geboten, die Frage nach dem Verhältnis von Nationalstaat und Demokratie in Deutschland neu zu überdenken. Denn seit einigen Jahren macht sich, mit stets zunehmender Stärke, ein doppelter Vorgang bemerkbar: Erstens wächst die Neigung, das demokratische Verfassungssystem in dem Sinne kritisch zu überprüfen, daß nicht länger einer offenen Gesellschaft und ihrer vielfältigen Interessenverfolgung, ihrem pluralistischen «pursuit of happiness» höchster Rang zuerkannt werden soll, sondern einer autoritativen Über-Ordnung, die «Schlagkraft» und «Geschlossenheit» zu ihren Kriterien macht. Das führt zu einer Tabuierung gesellschaftlicher Gegensätze und entschiedener Kritik im Innern, zu Freund-Feind-Klischees nach außen. Zweitens gibt es, obwohl vorläufig meist noch mehr verdeckt als offen, aber für den aufmerksamen Beobachter doch unverkennbar — ein Anwachsen nationalistischer Tendenzen. Beide Vorgänge gehören zusammen, denn das Bestreben, den Staat wieder autoritär über die Gesellschaft hinauszuheben, bedarf, je stärker es sich fühlbar macht, um so mehr der ideologischen Rechtfertigung, die ihm eben von den nationalistischen Argumenten oder vielmehr Sentiments her zuwächst.

Sollten sich die angedeuteten Tendenzen in der Zukunft weiter verstärken, so würde das aber genau zu dem Problem zurückführen, das Kurt Schumacher plagte: zu der Tatsache, daß Nationalstaat und Demokratie wie Alternativmöglichkeiten erscheinen, die sich nicht vereinigen lassen, sondern zwischen denen man wählen muß, mindestens in dem Sinne, daß dem jeweils dominierenden Element ein nachhaltiger Verdrängungseffekt gegenüber dem jeweils unterlegenen zukommt. Träfe das zu — und es sei jedenfalls für den Augenblick als eine Art Arbeitshypothese unterstellt —, so müßte indessen die Nachkriegshaltung Schumachers in einem durchaus neuen Licht erscheinen. Sie signalisierte dann nicht, mindestens nicht nur, die Don-Quichotterie des Kampfes mit dem Gespenst der Vergangenheit, sondern ein ebenso reales wie akutes Problem. Und die Niederlage Schumachers wäre dann, zugespitzt ausgedrückt, im Grunde das polare, nur äußerlich weniger dramatische Gegenstück zur Niederlage der Weimarer Republik: hier wie dort Niederlagen im Kampf um die Einheit von Demokratie und Nationalstaat und der Triumph der strukturellen Alternative, wobei es nur eben, durch die Zeitumstände begründet, nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer temporären Umpolung der Dominanten kam.

Ein Überdenken der Arbeitshypothese drängt naturgemäß rasch zu der Frage, wie denn die Einheit von Demokratie und Nationalstaat hergestellt und bewahrt werden kann. Aber das ist eigentlich eine falsche oder genauer: eine spezifisch deutsche Frage, die sich als Frage nach einem Strukturproblem der neueren deutschen Geschichte allerdings aufdrängt. In weiterer Perspektive müßte die Frage jedoch genau umgekehrt lauten: Wie ist überhaupt eine Entzweiung denkbar? Blickt man nämlich über die deutschen Sonderungen hinaus, so erweist sich die gemeinsame Entwicklung, die schicksalhafte Zusammengehörigkeit von Demokratie und Nationalstaat als Regelfall. Das gilt für Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika ebenso wie für die Schweiz, die Niederlande oder die skandinavischen Staaten. Es gilt im Prinzip auch für Frankreich, so daß, trotz allem Pendelschlag zwischen autoritären und anarchischen Tendenzen, die Verbindung zwischen nationalen und demokratischen Elementen dort nie ganz verlorengeht (was e contrario zugleich heißt, daß man von den Grenzen, die ein autoritäres Regime in Frankreich sich selbst setzt oder setzen läßt, noch keineswegs auf analoge Grenzgarantien in Deutschland schließen dürfte).

Die Einheit von Demokratie und Nationalstaat mag freilich auf den ersten deutschen Blick hin als paradox erscheinen. Der nationale Gedanke betont ja das Einmalige, Besondere einer Nation in Abgrenzung gegen das Andersartige anderer Nationen, und der Nationalstaat, der die Besonderheit politisch organisieren will, muß auf einer Souveränität bestehen, die, eben weil sie auf das Besondere der jeweiligen Nation zielt, sich nicht allein machtmäßig, sondern auch ideell, gedanklich und moralisch begründet. Die Demokratie hingegen scheint ebenso unausweichlich auf das Allgemeine, das Verbindende, ja das Universelle zu zielen. Freiheit und Gleichheit etwa gewinnen gerade dadurch ihr Pathos, daß sie das Besondere, die Vielheit der Anschauungen und Interessen, der Individuen und Gruppen hinter sich lassen oder vielmehr: ihre Entfaltung mit Hilfe des sie überwölbenden Verfassungssystems allererst ermöglichen. Nicht das Besondere wird zum politischen Organisationsprinzip, sondern das allen Besonderheiten noch Gemeinsame. Freiheit und Gleichheit sind eben deshalb unabdingbare Fundamente der Demokratie, weil sie dieses über alle Besonderheiten hinaus Gemeinsame, das Allgemeine bezeichnen.

Die gedankliche Konstruktion bestätigt sich in der geschichtlichen Erfahrung. Die «klassischen» Fälle nationalen Selbstbewußtseins in Westeuropa und Amerika lassen schon auf den ersten Blick die eigentümliche Paradoxie erkennen. Auf der einen Seite finden sich große, je besondere historische Ereignisse, Kriege, Revolutionen, Siege, die dem nationalen Bewußtsein fortan zum Fluchtpunkt dienen: der Freiheitskampf der Niederlande gegen Spanien, die Tell- und Winkelriedsaga der Eidgenossen, die «glorreiche Revolution» in England und die große in Frankreich, Unabhängigkeitserklärung und Unabhängigkeitskrieg in Amerika. Anderer-

seits tritt als *Inhalt* des Nationalbewußtseins jeweils ein politischer Humanismus auf den Plan, welcher den nationalen Rahmen mit menschheitlichem Anspruch sprengt. Toleranz und Gewissensfreiheit, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Fortschritt oder wie immer die Stichworte lauten mögen: alles Prinzipien, die den Anspruch erheben, nicht nur hier und heute, sondern absolut und universal gültig, von der jeweiligen Nation nur zuerst entdeckt und realisiert zu sein und in dieser Welt gewissermaßen statthalterartig vertreten zu werden. Es ergibt sich, mit anderen Worten, ein Bild der guten, der moralischen, der gerechten *Gesellschaft schlechthin*, die nur in dieser einen, der auserwählten Nation ihre geschichtliche Konkretion gefunden hat. Und eben aus dem Bewußtsein, das Gute, Moralische, Gerechte, das Allgemeingültige zu vertreten, erwächst der Nationalstolz. Daraus kann sich unter Umständen ein Missions- und Sendungsbewußtsein ergeben, das sich womöglich zum Kreuzzugscharakter steigert, um die «Anderen», die «Unerlösten», der eigenen Segnungen teilhaftig werden zu lassen. Oder im Gegenteil ein Isolationismus, um das Errungene vom Bösen, Verderbten der Umwelt freizuhalten, und besonders leicht natürlich: eine eigentümliche Ambivalenz von Isolationismus und Kreuzzugsstimmung.

Mit alledem aber löst sich der Anschein des Widerspruchs zwischen Besonderem und Allgemeinem, und es zeigt sich eine innere Zusammengehörigkeit, ja ein wechselseitiges Bedingungsgefüge: Nationalbewußtsein und Nationalstolz haben gerade darin ihre Grundlage, daß man im Besonderen das Allgemeine repräsentiert sieht.

Die Reihe der Beispiele ließe sich noch um einige Varianten vermehren. Besonders merkwürdig und einer genaueren Analyse wert sind die Fälle, in denen religiöser und kirchlicher Universalismus einen Beitrag zur Formung und Selbstbehauptung der Nation geleistet hat, wie etwa in Irland und in Polen. Vielleicht müßte man, mutatis mutandis, auch das Judentum in diesem Zusammenhang bedenken. Immer erneut beweist sich die Paradoxie, daß die nationale Sonderung um so kräftiger und tragfähiger ist, je mehr sie sich mit universalem Anspruch verbindet.

Das gilt übrigens sicher auch für die vorläufig wichtigste und folgenreichste Paradoxie des zwanzigsten Jahrhunderts, für den Sowjetpatriotismus. Angesichts des universalen, alles Nationale hinter sich lassenden Anspruchs der Ideologie wird die Substantialität des Sowjetpatriotismus zwar noch heute von manchen westlichen Beobachtern hartnäckig abgeleugnet und zur bloßen Propaganda erklärt. Aber er hat immerhin unter anderem die ungeheure Zerreißprobe des Zweiten Weltkrieges siegreich bestanden, der kaum zufällig in der sowjetischen Geschichtsschreibung der «Große Vaterländische Krieg» heißt. Und der Sowjetpatriotismus ist eigentlich nicht paradoxer als der Patriotismus der alten westlichen Nationen, wenn er ausgerechnet im revolutionären Abschied von der bisherigen Geschichte zum Stolz auf diese Geschichte zurücklenkt, wenn er beispielsweise, orientiert am Maßstab der «Fortschrittlichkeit», den Zaren Peter als den «Großen»

unbefangen einbezieht. Es wäre hohe Zeit, im Ernst der Tatsache Rechnung zu tragen, daß hier wie in den «klassischen» westlichen Fällen die Sonderung des patriotischen Selbstbewußtseins und der universalistische Anspruch auf Realisierung der guten, gerechten Gesellschaft schlechthin einander nicht ausschließen, sondern im Gegenteil stützen, ja wechselseitig bedingen.

In China scheint sich der Vorgang inzwischen zu wiederholen; der Zusammenstoß der kommunistischen Führungsmächte wäre so gesehen nur folgerichtig. Es läßt sich unschwer voraussagen, daß die Verbindung von Nationalismus und Universalismus, unter welchem Vorzeichen auch immer, in einigen Entwicklungsländern noch eine zentrale und vielleicht explosive Bedeutung gewinnen wird.

Starker Staat statt gerechter Gesellschaft

Deutschland bietet das Gegenbeispiel par excellence. Zwar schien es einmal, obwohl «verspätet», dem Weg der westlichen Nationen zu folgen: mit der auf Einheit *und* Freiheit zielenden Bewegung, die in der Revolution von 1848 und im Verfassungswerk der Paulskirche kulminierte. Aber diese Bewegung ist geschichtlich gescheitert. Und folgt man etwa der Auffassung Friedrich Meineckes, der in «Weltbürgertum und Nationalstaat» die Genesis des deutschen Staatsgedankens untersuchte, so mußte sie scheitern. Meinecke beschreibt, wie der «wahre» Staatsbegriff noch bei Fichte und Wilhelm von Humboldt, ja selbst bei Stein und Gneisenau nicht erreicht wird, weil stets noch Universalismen, Ideen einer übergeschichtlichen, notwendigen und allgemeinen Vernunftordnung spuken. Weiter führt schon die romantische Entdeckung der «Schönheit» des Individuums Staat bei Novalis und der Organismusbegriff bei Adam Müller. Als die eigentlichen «Befreier» des Staates erscheinen aber schließlich Hegel, Ranke und Bismarck. Hegel entwickelt den Machtstaatsgedanken unter der Hülle des spekulativen Systems. Ranke vollendet die gedankliche Entwicklung, indem er das «System» abstreift und die naturrechtliche Idee des «besten Staates» endgültig überwindet. Ranke begründet auch die vom Machtstaatsgedanken aus notwendige Lehre vom Primat der Außenpolitik. Bismarck aber, auf dieser gedanklichen Vorarbeit gründend, führt die Machtpolitik praktisch durch und verschafft durch deren Erfolg den Ideen Hegels und Rankes allgemeine Anerkennung.

An die Stelle der Idee der guten, gerechten, menschheitlich vorbildlichen Gesellschaft tritt also die Lehre vom starken Staat, der als Macht auf die Behauptung seiner Besonderheit angelegt ist. Das läßt sich mit vielen Beispielen belegen. Man denke etwa an Treitschke. Zur Illustration seien hier die Thesen angeführt, die Erich Kaufmann kurz vor dem Ersten Weltkrieg entwickelte. Das Wesen des Staates ist nach Kaufmann «Machtentfaltung, ist der Wille, sich in der Geschichte zu behaupten und durchzusetzen». Um der Macht willen ist die äußerste Unterordnung der Individuen unter den Staatszweck gefordert:

«Machtentfaltung ist nur möglich durch die Belebung sämtlicher physischer und moralischer Energien. Von der Machtentfaltung aus wird der Staat zum Wohlfahrtsstaat und zum höchsten sittlichen Institut. Weil seine Organisation und seine Ordnung Machtorganisation und Machtordnung sein will, kann er zur obersten Gemeinschaft, zu Gemeinschaft schlechthin werden: denn nur weil er zu seinem Wesen und Bestande die höchste Kraftentfaltung braucht ..., weil eine eigentümliche, sozusagen prästabilisierte Harmonie besteht zwischen Machtstreben und sittlicher Kraftanstrengung, kann er das eigentümliche Wesen werden, das überall die Macht will und eben darum das Höchste will.»

Diese eigentümliche prästabilierte Harmonie zwischen Macht und Sittlichkeit macht freilich die Macht zum Kriterium der Sittlichkeit, ja reduziert letztlich Sittlichkeit auf Macht — die Idee der «totalen Mobilmachung» kündigt sich an. Indem die staatliche Machtentfaltung am unmißverständlichsten im Kriege zum Ausdruck kommt, ergibt sich folgerichtig «der siegreiche Krieg» als das «soziale Ideal»: «der siegreiche Krieg als das letzte Mittel zu jenem obersten Ziel» der Machtentfaltung.

«Im Kriege offenbart sich der Staat in seinem wahren Wesen, er ist seine höchste Leistung, in dem seine Eigenart zur vollsten Entfaltung kommt. Hier hat er zu bewähren, daß ihm die Weckung und Zusammenfassung aller Kräfte gelungen ist, daß die höchsten Forderungen, die er stellt, auch wirklich erfüllt werden, und daß das Letzte seinem Bestehen in der Weltgeschichte geopfert wird. ... Je stärker diese Anforderungen und Leistungen werden, und je weiter und komplizierter sie sich bis in alle Verästelungen des Lebens hinein erstrecken, um so mehr wird der Krieg zu einer wirklichen Berechtigungs- und Leistungsprobe des ganzen Staates ... »

Das ist konsequent, und es hat seine Konsequenzen. Darum ist auch die Frage, wozu die Machtentfaltung denn «gut» sein soll, im Grunde bereits verfehlt. Sie ist Selbstzweck, und so endet Kaufmann bei der These, daß die staatliche Machtentfaltung den Zweck habe, sich in die Weltgeschichte «einzufädeln», an ihr teilzunehmen und in ihr sich zu behaupten: den Zweck, «über dem ein höherer irdischer Zweck nicht gedacht werden kann».

Warum aber, das ist die weitere und drängende Frage, mußte es eigentlich zu dieser Auffassung kommen, warum mußte die Idee des starken Staates die der gerechten Gesellschaft verdrängen? Die Antwort kann wohl nur lauten: weil in Deutschland der Gegensatz gesellschaftlicher Kräfte und Ideologien so stark war, ohne daß jedoch eine dieser Kräfte stark genug war, um sich eindeutig durchsetzen und von sich aus eine politische Einigung erzwingen zu können. Deshalb konnte die Einigung nur durch ihre Ausklammerung gelingen.

So sieht es jedenfalls Meinecke: In den Ideen der Revolution und der Heiligen Allianz stießen zwei universalistische Ansprüche verhängnisvoll aufeinander. Sie waren «zuletzt wie ein Gift, das der Körper wieder ausscheiden mußte, wenn er wieder natürlich funktionieren wollte». Der «Arzt», der es, nach der theoretischen Vorarbeit Hegels und Rankes, herausbrachte, war Bismarck. Er erscheint Meinecke auch gegenüber den Liberalen der Paulskirche als der heilende Arzt, der das «parlamentarische Vorurteil», es sei Konstitutionalismus nur als Parlamentsherrschaft

möglich, brach und so das wahrhaft politische Bewußtsein gegen alle unpolitischen Träumereien durchsetzte. Es ist freilich leicht, den Widerspruch festzustellen, der darin liegt, daß Meinecke die Politisierung im nationalen Machtstaatsgedanken auf die quietistische, vegetativ-idyllische Volksgeistidee baut, die eigentlich eine unpolitische, die der Kulturnation ist.

Aber der Widerspruch liegt tiefer in der Sache. Die Politisierung im Machtstaatsgedanken hat eben *zugleich* eine neutralisierende, eine entpolitisierende Funktion, eine Funktion, die man übrigens bis in die Gegenwart immer wieder durch alle «Gemeinschafts»-Appelle durchscheinen sieht, welche über gesellschaftliche Gruppierungen und Konflikte hinwegspielen und etwa die «natürliche Einheit des Volkes» polemisch wider die «künstlichen» Gegensätze der Parteien ausspielen wollen.

Es ist schwerlich ein Zufall, daß besonders Historiker, daß der Historismus, in dessen Ausbildung Deutschland im neunzehnten Jahrhundert folgerichtig die Führung übernahm — mit allen großen wissenschaftlichen Leistungen, die er hervorbrachte —, bei dieser Entpolitisierung eine zentrale Bedeutung hatte. Man könnte deshalb wohl geradezu von einer Verdrängung des politischen Gesellschaftsbewußtseins durch ein unpolitisches Geschichtsbewußtsein sprechen. Denn der Historismus betont die Individualität, das Einmalige, Besondere, logisch letztlich Unableitbare jeder geschichtlichen Erscheinung, zum anderen aber deren Relativität im Strom geschichtlichen Wandels. Das führt einerseits zum Blick auf die Einheit einer jeweiligen Macht-«Gestalt», andererseits zum Abbau naturrechtlicher Universalismen, die als vordergründig, als illusionär erscheinen; ihr Anspruch auf Rationalität wird als bloße Rationalisierung durchschaut. In den Worten F. J. Stahls:

«Die Philosophie, welche nur anerkennt, was aus der Vernunft folgt, kann auch die Quelle des Ethos nirgends anders als in der Vernunft suchen. Darin besteht das Naturrecht. — Die Vernunft, welche das Ethos folgern soll, bedarf nun aber eines Grundbegriffs, aus welchem sie es folgere, der, wie sich von selbst versteht, ihr nach aller Abstaktion noch übrig sein muß. Nach dem subjektiv rationalistischen Standpunkt des Naturrechts ist dieser Begriff das Dasein des Denkenden, die menschliche Natur. In der Wirklichkeit ist diese Natur immer eine bestimmte, bestimmt durch Individualität, Umgebung, Schicksal, Zeit, Materie, kurz durch Geschichte. In solcher Bestimmung hat sie aber keine logische Notwendigkeit.»

Konkreter auf die politisch-gesellschaftliche Situation bezogen heißt es bei Dahlmann:

«Der ganze Weltteil droht sich jetzt in Gebiete der Volksherrschaft und der absoluten Fürstengewalt zu spalten. Ich lebe nun des Glaubens, daß das deutsche Volk vor allen anderen Völkern berufen ist, diese verderblichen Extreme durch Gewissenhaftigkeit und Tiefsinn zu versöhnen.»

Wie immer man nachträglich über «Gewissenhaftigkeit» und «Tiefsinn» urteilen mag — die Folge wie die notwendige Voraussetzung der schließlich

gelungenen, kunstvoll ausgleichenden Einigung war jedenfalls die Ausbildung eines historischen Bewußtseins, das die überkommenen Universalismen zersetzte und sich nach zwei einander polar entgegengesetzten Richtungen hin entfaltete: einmal zu einer «rein geistigen», ausdrücklich von Praxis distanzierten *Bildung*, einer Bildung, die sich über alle gesellschaftlich-politischen Probleme als über «Niederungen» hinaushob und eben damit zum anderen den Raum der Praxis einer «realistischen» Machtauffassung freigab. Bildung und Macht, gesellschaftlich unverbunden und damit sozial unverbindlich, schufen fortan jene eigentümlich schizophrene Mischung von Innerlichkeit und Realismus, Gefühlsbetonung und Schneid, Gemüt und Verwaltung, die schon Ernst Troeltsch im Ersten Weltkrieg mit Erschrecken registrierte und die am Ende in den bürokratischen Massenmördern der SS, die ein vorbildliches Familienleben führen und bei Schubertliedern Tränen vergießen, zur furchtbar übersteigerten Konsequenz getrieben worden ist.

Die Schwäche des starken Staates

Die Mischung von Bildungsidee und Machtstreben in einem Bewußtsein geschichtlichen Ausnahmeschicksals, die Position einer «Großmacht ohne Staatsidee» (wie Helmuth Pleßner dies benannte) hat gegenüber den Nationalideen des Westens allerdings ihre Schwächen und Schwierigkeiten. Sie wurden mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges dramatisch sichtbar. Die deutsche Kriegspropaganda operierte — sie konnte gar nicht anders — im Grunde immer nur mit der Vorstellung einer spezifischen, einmaligen und einzigartigen «Deutschheit», die in ihrer Eigenart verteidigt werden müsse gegen den Ansturm der vereinigten, einebnenden Kräfte der westlichen Zivilisation. Diese Festlegung aber bedeutete fundamentale Schwäche, denn mit der Behauptung einer spezifischen Deutschheit vermochte man nach außen, wenn überhaupt, dann natürlich nur negative Reaktionen hervorzurufen, während die Alliierten mit Schlagworten, die sämtlich dem alten Arsenal naturrechtlich-universalistischen Denkens entstammten, eine umfassende Wirkung erziehlen konnten. Das deutsche Bewußtsein, das alle derartigen Universalismen im Durchgang durch den historischen Relativismus längst entlarvt und zerstört zu haben glaubte, reagierte mit Entrüstung auf die «Verlogenheit» des Feindes, aber es verriet mit dieser seiner «Ehrlichkeit» nur seinen tiefen Bruch mit den geistigen Ursprüngen der bürgerlichen Bewegung, deren politische Konsequenzen auf die Demokratie zielen, den Bruch mit Naturrecht und Aufklärung, eine geistige Isolierung, die nicht erst vom Kriegsbeginn datierte.

In der gegensätzlichen Propagandastellung lag zugleich eine verhängnisvolle Wirkung für die Zukunft beschlossen, denn für alle, die am Erlebnis des Krieges irgendwie festhalten, seine Anstrengungen und Opfer rechtfertigen und, wie auch immer, den starken Staat restauriert sehen wollten, mußten die Ideale der egali-

tären Demokratie, der Freiheit eines pluralistischen «pursuit of happiness», mußten politischer Humanismus und Aufklärung als feindlich und undeutsch, im Grunde als hochverräterisch erscheinen. Die Ermordung Rathenaus zum Beispiel war ebenso eine der «Spätzündungen» dieser Kriegsideologie wie ein Signal des Kommenden.

Die deutsche Haltung wurde treffend von Thomas Mann zum Ausdruck gebracht, wenn er schrieb:

> «Ich bekenne mich tief überzeugt, daß das deutsche Volk die politische Demokratie niemals wird lieben können, aus dem einfachen Grunde, weil es die Politik selbst nicht lieben kann, und daß der viel verschrieene ‹Obrigkeitsstaat› die dem deutschen Volke angemessene, zukömmliche und von ihm im Grunde gewollte Staatsform ist und bleibt. — Der Unterschied von Geist und Politik enthält den von Kultur und Zivilisation, von Seele und Gesellschaft, von Freiheit und Stimmrecht, von Kunst und Literatur; und Deutschtum, das ist Kultur, Seele, Freiheit, Kunst und nicht Zivilisation, Gesellschaft, Stimmrecht, Literatur.» Wessen man sich dann erst von anderer Seite zu gewärtigen hatte, ist leicht zu ermessen.

Letztlich gründen alle Schwächen und Schwierigkeiten des starken Staates, der sich autoritär über die Gesellschaft hinausheben und sie «bändigen» will, darin, daß die fortschreitende Industrialisierung eine progressive Demokratisierung in immer weiteren und tiefer greifenden Lebensbereichen erzwingt, weil die industrielle Gesellschaft nur auf der Basis der Selbstverantwortung und Eigeninitiative aller ihrer Mitglieder bestehen kann. Der autoritäre Staat muß daher in zunehmender Spannung zu der Entwicklung geraten, auf die er zugleich als auf die Basis seiner Machtentfaltung angewiesen bleibt, ja die er um seiner Stärke willen noch forcieren muß. So entsteht ein fataler Zirkel: der Staat muß sich, um die Spannung aushalten zu können, weiter verstärken, er muß sich am Ende ideologisch aufladen, er muß zum Weltanschauungsstaat und in der Praxis zum Überwachungsstaat werden. Aber selbst seine Totalität, als äußerstes Mittel zur Überwältigung der Gesellschaft, verdeckt und verstärkt eben im Grunde nur die prinzipiellen Schwierigkeiten, signalisiert mit ihrer Verkrampfung fundamentale Schwäche — das totalitäre System entsteht eben nicht aus der Stärke, sondern aus Angst und aus Schwäche. Freilich ist es gefährlich, aus der Schwäche auf Harmlosigkeit zu schließen; genau das Gegenteil trifft zu, wie auch die Gewalttat keineswegs aus innerer Stärke, sondern aus der Unsicherheit resultiert.

Geschichte und Geschichtsfeindschaft

Ein besonderer Aspekt des soeben skizzierten Tatbestandes soll noch etwas näher beleuchtet werden, nämlich das Verhältnis zur Geschichte. Auch die Geschichte ist ja im Zuge der neuzeitlichen Entwicklung gewissermaßen einem Demokratisierungsprozeß unterworfen, das heißt die Veränderbarkeit und tatsächliche

Veränderung setzt sich in immer weiteren Lebensbereichen durch. Einst war Geschichte im Sinne solcher Veränderungsmöglichkeiten gewissermaßen das Luxusgut einer kleinen Oberschicht, während für die große Mehrheit der Bevölkerung die Lebensverhältnisse wie eine zweite Natur einfach vorgegeben waren. Kriege etwa oder Herrschaftswechsel konnten die Substanz der Dinge kaum ändern. Aber Naturwissenschaft und Technik und die industriellen Organisations- und Produktionsverfahren haben grundlegenden Wandel ermöglicht und erzwungen. Geschichte ist daher, korrelativ zu Naturwissenschaft, Technik und beginnende Industrialisierung, der andere große Entdeckungsbereich des neuzeitlichen Geistes, ein Entdeckungsbereich, in dem gerade Deutschland Überragendes und Bahnbrechendes geleistet hat.

Doch Reflexion auf die Geschichtlichkeit ist ja nicht nur ein Instrument der Aneignung, sondern auch der Distanzierung überkommener Lebensformen. Geschichtsbewußtsein als Bewußtsein des Gewordenseins, der Veränderbarkeit, der Relativität kann daher auch zu einer Verunsicherung von Lebensformen und Verhaltensmaßstäben führen, zumal dann, wenn es an Prinzipien mangelt, die sich angesichts der Veränderungen des Industrialisierungsprozesses als tragfähig erweisen, weil sie zu diesem nicht im Konflikt stehen, sondern im Gegenteil sein geistiges Fundament bilden.

Schon vor mehr als einem Jahrhundert hat Tocqueville die Idee der Gleichheit als ein solches Fundament erkannt und analysiert, und von ihm wird seine berühmte Vorhersage über die dereinstige Vorrangstellung Amerikas und Rußlands getragen. Für Amerika und Rußland ist nun charakteristisch, daß sie beide in ausgeprägter Weise sich an der Zukunft orientieren und dazu neigen, «Fortschritt», der sich quantitativ an Einkommen, Produktionsvolumen und Technologie abmessen läßt, zum geistigen, ja sogar moralischen Maßstab zu nehmen. Zugleich aber ist für beide Völker charakteristisch, daß sie ein ausgeprägtes, selbstsicheres Geschichtsbewußtsein haben, daß sie sich im Einklang mit ihrer Geschichte fühlen und diese als unmittelbar wirksame Tradition erleben: Lenin und Peter der Große, Lincoln oder Washington sind eben *mehr* als reflexiv übernommene und distanzierte Geschichte.

Der Vergleich macht aber nur die besondere deutsche Problematik schmerzhaft deutlich. Auf der einen Seite ist Deutschland zwar das Land historischen Denkens und Forschens wie kaum ein zweites. Bildung erschien und erscheint weithin noch immer als identisch mit historischer Bildung. Die «Wahrung des Kulturerbes» ist eine Standardformel ministerieller Richtlinien für den Schulunterricht, und Schullesebücher vermitteln oft den Eindruck, als bestünde etwa unsere Arbeitswelt noch vorwiegend aus Hufschmieden — und natürlich aus Bauern, die mit der Hand das Korn in die Scholle streuen, eingehüllt in Trachten und unter Absingen von Volksliedern. Aber eben weil dieses historisch gerichtete Bildungsbewußtsein, wie das politische Bewußtsein, in Spannung steht zu den Erfordernissen der Gegenwart und der Zukunft, bleibt es unsicher und zwiespältig.

Das ununterdrückbare Gefühl, daß Bildungsidee und Lebensrealität sich in einem Mißverhältnis befinden, führt zum Erlebnis der Unverbindlichkeit des Kulturerbes; der Begriff selbst läßt sich beinahe schon nur noch in ironisierenden Anführungszeichen verwenden, und was bleibt, wird zum Knüppel verstockter Provinzialität. So kommt es zu der oft registrierten und beklagten Geschichtsmüdigkeit, um nicht zu sagen Geschichtsfeindschaft: Falls Bildung historische Bildung bedeutet, wäre heute das Volk Rankes und Mommsens ein besonders ungebildetes, ja weithin bildungsfeindliches Volk.

Wenn sich so das Leben an der Bildungsidee rächt, dann gibt es auch eine entgegengesetzte, nicht minder gefährliche Rache: Ein zur modernen Welt im Mißverhältnis stehendes Bildungsbewußtsein sperrt sich gegen alle Entwicklungen, die unabsehbar noch weiter von der Vergangenheit fortreißen müßten, das heißt gegen die Zukunft. Schon das Wort «Planung», das doch eigentlich nichts anderes signalisiert als eine rationale Beschäftigung mit künftigen Entwicklungsmöglichkeiten, weckt nahezu neurotische Reaktionen, und es wird ständig versichert, daß Geschichte, ein Raum irrational wirkender Kräfte, sich nicht planen lasse. Wer es anders meint, gerät in den Verdacht, Marxist oder gar Kommunist zu sein.

Über Patriotismus in weltbürgerlicher Absicht

Geschichtsunsicherheit und Zukunftsfeindlichkeit haben ihren Ursprung in der geistigen und gesellschaftlichen Spannung zu den Grunderfordernissen der industriellen Zivilisation. Politisch gesprochen zeigt sich diese Spannung in dem Mißverhältnis zwischen der Idee beziehungsweise Praxis des demokratischen Verfassungssystems und der des autoritären Machtstaates. Dieses Mißverhältnis ist unausweichlich und muß sich stets reproduzieren, weil und insofern ein demokratisches Verfassungssystem die politische Organisation der offenen, pluralistischen, auf ständige Veränderungen gerichteten Gesellschaft darstellt, während der autoritäre Machtstaat, der sich auf die Nation beruft, um sie gegen die Demokratie und ihre universalistischen Prinzipien auszuspielen, seinen Zweck gerade darin hat, daß er die Gesellschaft unterwirft, «formiert» und einfriert. Solange deshalb die Angst vor der offenen Situation, vor dem Wandel wirksam bleibt, muß die Neigung zum autoritären Machtstaat mit feindseligem Affekt gegenüber der Demokratie wiederkehren, während andererseits die moderne Entwicklung auch ständig Demokratisierungstendenzen enthält, die diesen autoritären Staat «zersetzen» (eine bezeichnende — und vom autoritären Standpunkt durchaus angemessene — Vokabel ohnmächtig-mächtiger Wut der sich selbst als «staatserhaltend» proklamierenden Kräfte).

Was ist zu tun? Wie läßt sich in Deutschland ein Nationalbewußtsein entwickeln, das dadurch vor der Entartung in aggressiven Nationalismus gesichert

wird, daß es die Demokratie und ihre universalistischen Prinzipien nicht ausschließt, sondern sich mit ihnen zusammenschließt, womöglich gar deren Realisierung zum Prüfstein seines Selbstbewußtseins und zum Kriterium des Patriotismus macht? Offenbar ist es zunächst und vor allem notwendig, die Angst vor der modernen Weltentwicklung, vor der grundsätzlichen Offenheit und Veränderbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse zu bannen, diese Angst, die in einen fatalen Zirkel führt, weil sie sich zum autoritären Machtstaat flüchtet, der wiederum die Angst, vor der er schützen soll, weckt und verstärkt: Unmündigkeit will Schutz: der Schutz erhält die Unmündigkeit — und rechtfertigt sich an ihr. Daß entsprechend «der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit» auch ein Problem des Mutes ist, hat schon Kant ausgesprochen.

Die Angst zu bannen ist freilich leichter gesagt als getan. Denn eben weil es sich um ein Zirkelverhältnis handelt, um ein Strukturproblem geistiger wie materieller Art, läßt es sich nicht durch Appelle allein, überhaupt nicht nur von einem Punkt aus angreifen, sondern nur von allen seinen Gliedern zugleich, ähnlich wie etwa soziale Notstände in Slumvierteln sich nicht einfach durch den Bau besserer Wohnungen, erst recht nicht repressiv durch bloße Bestrafung der Kriminalität beseitigen lassen, sondern nur dadurch, daß mit den neuen Wohnungen zugleich bessere Schulverhältnisse und gesicherte Arbeitsplätze geschaffen werden. Gutes Zureden jedenfalls, der Appell an Vernunft und Einsicht wird gewiß nicht genügen, weil der Angst nicht mit Vernunftgründen, sondern nur mit Beseitigung ihrer Ursachen beizukommen ist. Deshalb wird es kein einfaches Rezept geben können, sondern nur eine Fülle von Maßnahmen, die freilich von ihrem gemeinsamen Ziel her durchdacht und koordiniert werden müssen. Zwei Beispiele mögen dies wenigstens andeutend illustrieren.

Das erste gehört in den Bereich der Agrarpolitik: Die Landwirtschaft steht in der industrialisierten Welt vor schwierigen Anpassungsproblemen. Viele Bauern werden zu Elendsfiguren, die sich unsäglich abrackern und dennoch zwar vielleicht zur grünen Front, aber niemals auf einen grünen Zweig kommen. Es ist verständlich, daß sie vor der Zukunft Angst haben und die moderne Welt als fremd und feindselig empfingen. Man kann nun ihnen globale Subventionen zukommen lassen, die sie halbwegs über Wasser halten, ohne jedoch eine grundlegende Änderung der Situation herbeizuführen. Damit aber stellt man lediglich die Angstsituation auf Dauer. Und politisch gesprochen lädt man ein demokratiefeindliches Potential auf, weil diese Bauern, verständlich genug, die offene Gesellschaft fürchten und ihre autoritäre Abschließung befürworten müssen. Nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch ist daher eine gezielte Strukturpolitik notwendig, die einem Teil der Landwirte mit bester Ausbildung, modernen Hofanlagen und leistungsfähigen Marktorganisationen ein wirkliches Bestehen in der modernen Gesellschaft ermöglicht, während einem anderen Teil der Landwirte durch Ablösungs- und Umschulungshilfen ein reibungsloser Übergang in andere Berufe gewährleistet wird.

Das zweite Beispiel betrifft das Bildungswesen. Seine hierarchische Gliederung zementiert und reproduziert die Angst der akademischen «Elite» vor den Ansprüchen der «Massen», wie umgekehrt — nicht unbegründet — die Angst «ungebildeter» Eltern, daß ihr Kind im höheren Bildungswesen ihnen entfremdet werden könnte. Die Vormittagsschule läßt — anders als etwa die angelsächsische Ganztagsschule — praktischer Verhaltenserziehung über ein disziplinäres Minimum hinaus wenig Raum. Auch deshalb kultiviert die deutsche Schule die Autorität «innerer Werte» weit mehr als eine freie Partnerschaft im Rahmen sozialer Spielregeln. Kurzum: Das Bildungswesen fördert nicht gerade den Zugang zur Chancengleichheit und zur Freiheit einer offenen Gesellschaft. Bildungsreform wird deshalb zu einem dringenden Erfordernis, aber keineswegs nur, wie es die gegenwärtige Bildungsdiskussion manchmal erscheinen läßt, um durch Auschöpfung der Begabungsreserven, durch Erhöhung der Abiturientenziffern wissenschaftlich, technisch und administrativ den Wettkampf der Industrienationen besser bestehen zu können, sondern in einem strukturellen, in einem fundamental politischen Sinne.

Die Beispiele mögen vielleicht als abseitig, als wenig zum Thema gehörend erscheinen. Aber mit allem Ernst und allem Nachdruck wird hier die These verfochten, daß gerade an solchen Beispielen deutlich gemacht werden kann, um was es geht und wo die Felder der Bewährung für ein patriotisches Bewußtsein, das diesen Namen verdient, zu suchen sind. Wie es bei Hegel heißt:

> «Unter Patriotismus wird häufig nur die Aufgelegtheit zu *außerordentlichen* Aufopferungen und Handlungen verstanden. Wesentlich aber ist er die Gesinnung, welche in dem gewöhnlichen Zustande und Lebensverhältnisse das Gemeinwesen für die substantielle Grundlage und Zweck zu wissen gewohnt ist. Dieses bei dem gewöhnlichen Lebensgange sich in allen Verhältnissen bewährende Bewußtsein ist es dann, aus dem sich auch die Aufgelegtheit zu außergewöhnlicher Anstrengung begründet. Wie aber die Menschen häufig lieber großmütig als rechtlich sind, so überreden sie sich leicht, jenen außerordentlichen Patriotismus zu besitzen, um sich diese wahrhafte Gesinnung zu ersparen oder ihren Mangel zu entschuldigen.»

In diesem Sinne gilt es, den wieder auflebenden autoritären Nationalismus der Ressentiments und der Phrasen als das zu erkennen, was er ist: als das Gegenteil wirklichen Nationalbewußtseins, als den angsterfüllten Verfolgungswahn, der stets auf der Lauer liegt, ins Verfolgen umzuschlagen. Und so geht es darum, die Welt- und Gesellschaftsangst zu bannen, welche die deutsche Geschichte durch mehr als ein Jahrhundert verhängnisvoll begleitet und fehlgeleitet hat. Es geht darum, die nationalistisch-autoritäre Verengung zu überwinden mit einer Demokratie, in der politisches Selbstbewußtsein und patriotische Verantwortung sich auch und gerade in der unscheinbaren Alltäglichkeit auf menschheitliche Maximen, auf Humanität gründen.

Ein «Literat», der in aller Welt — außer in Deutschland — als einer der größten deutschen Dichter verehrt wird, Heinrich Heine, hat einmal gesagt:

«Der Patriotismus des Deutschen besteht darin, daß sein Herz enger wird, daß es sich zusammenzieht wie Leder in der Kälte, daß er das Fremdländische haßt, daß er nicht mehr Weltbürger, nicht mehr Europäer, sondern nur ein enger Deutscher sein will. Da sahen wir nun das idealische Flegeltum, das Herr Jahn in System gebracht; es begann die schäbige, plumpe, ungewaschene Opposition gegen eine Gesinnung, die eben das Herrlichste und Heiligste ist, was Deutschland hervorgebracht hat, nämlich gegen jene Humanität, gegen jene allgemeine Menschenverbrüderung, gegen jenen Kosmopolitismus, dem unsere großen Geister, Lessing, Herder, Schiller, Goethe, Jean Paul, dem alle Gebildeten in Deutschland immer gehuldigt haben.»

Aber wer so spricht, gilt eben kaum als Patriot, auch nicht als Weltbürger, sondern als «wurzelloser Intellektueller». Worauf es jedoch ankäme, was endlich verwirklicht werden müßte, das wäre eine Vereinigung dessen, was in Deutschland noch immer oder bereits wieder als abgründig geschieden erscheint; es wäre ein Patriotismus in weltbürgerlicher Absicht.

Die Renaissance des Rechtsradikalismus und Nationalismus in der Bundesrepublik

HARTMUT WASSER

Die Schweizerische Bundesanwaltschaft hat kürzlich gegen Friedrich Thielen, Vorsitzenden der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), und dessen Stellvertreter Adolph v. Thadden die Einreisesperre verfügt (NZZ, 3. 2. 67, Abendausgabe, Nr. 466).

Die Redaktion

Seit die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) im vergangenen Jahr einige beachtliche Wahlerfolge errungen hat, verbreitet sich im Ausland (im Lager der politischen Gegner wie der Verbündeten der Bundesrepublik) die Furcht vor einem neonationalistischen Radikalismus in Deutschland; dieser Furcht korrespondieren wachsende Zweifel bei Politikern, Parteien und anderen Gruppen der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit, inwieweit auf die bislang fraglos angenommene Stabilität der zweiten deutschen Demokratie in Krisenzeiten zu bauen sei. Wenn die Kurse deutscher Aktien an der New Yorker Börse fallen, weil einige NPD-Abgeordnete in die Landesparlamente von Bayern und Hessen einziehen — der Londoner «Evening Standard» daraus ein «unheimliches Naturgesetz»